

Zur Einleitung erklärt der Ausschussvorsitzende, dass alle Beteiligten das Wohl der Kinder im Blick haben. Gemeinsam muss an einer Lösung für die Zukunft gearbeitet werden. Schuldzuweisungen für das Scheitern der Sekundar- und Hauptschule sind nicht angebracht. Frau Pizzato erläutert den Antrag der FDP-Fraktion vom 30.03.2014 dahingehend, dass die FDP wissen möchte, was aus den 11 Kindern, die sich auf der Hauptschule angemeldet hatten, wird und wie die Zukunft der Hauptschule aussehen kann.

Herr Dr. Korsten verweist auf das Schreiben der Geschwister-Scholl-Hauptschule an die Radevormwalder Politik vom 04.04.2014. Radevormwald muss sich nun, nach dem Scheitern der Sekundarschule, der Situation stellen, dass die Hauptschule aufgrund der unzureichenden Anmeldungen auslaufen wird. Im Fokus stehen nun die 11 Kinder, die sich angemeldet hatten, aber auch die Kinder, die bereits auf der Hauptschule lernen und ein Recht darauf haben, die Schule ordnungsgemäß zu beenden. Bei der Lösungsfindung steht daher auch das Ziel im Vordergrund, auf ausreichend Lehrpersonal für den Unterricht zurückgreifen zu können. Ziel von Verwaltung und Schulleitung ist es, das kommende Schuljahr zu nutzen, um adäquate Lösungen zu finden. Dies könnte eine Kooperation mit einer anderen Hauptschule, z.B. Hückeswagen oder Remscheid-Lennep, sein. Die Hauptschule in Hückeswagen hat jedoch das Problem, dass für das kommende Schuljahr recht knapp ein 5. Schuljahr gebildet werden kann, was dauerhaft nicht gestattet ist. Remscheid-Lennep liegt in einem anderen Regierungsbezirk, so dass hier zusätzliche administrative Probleme aufkommen können – daran soll es jedoch nicht scheitern. Aber auch eine Kooperation mit der Realschule wäre denkbar.

Herr Dr. Korsten berichtet, dass er sich bereits letzte Woche mit dem neuen Bürgermeister der Stadt Hückeswagen, Herrn Persian, zu einem ersten Gespräch über die Zukunft der Schullandschaft und Schulstruktur getroffen hat. Hier wurde deutlich, dass gemeinsame Lösungen denkbar sind, da in Zukunft jede kleinere Kommune über die Stadtgrenzen hinaus denken muss. Hier ist interkommunale Zusammenarbeit erforderlich. Aber Lösungen zu finden, mit der alle Kommunen einverstanden sind, wird nicht einfach werden.

In der nächsten Woche wird ein weiteres Gespräch mit Herrn Persian und Herrn von Rekowski stattfinden.

Ziel der Verwaltung und der jetzigen Schulleitung ist es, im Schuljahr 2014/2015 eine Lösung für das Schuljahr 2015/2016 zu finden.

Der Ausschussvorsitzende bemerkt, dass neben den 11 angemeldeten Kindern und den jetzigen Hauptschülern auch das Auslaufen der Hauptschule geregelt werden muss.

Herr Dr. Korsten ergänzt, dass zusätzlich die ab Sommer fehlende Schulleitung ein Problem darstellt.

Herr Hoffmann steht Kooperationen mit anderen Schulen offen gegenüber, bittet jedoch zu bedenken, dass die Gesamtsituation der Radevormwalder Schullandschaft zu betrachten ist. Es ist zu überlegen, welche Schulform in Radevormwald gewünscht wird und ob ggf. auch wieder über eine Gesamtschule nachgedacht werden muss. Er bittet die Verwaltung darum, Herrn Krämer-Mandau zu der nächsten Sitzung einzuladen, damit dieser noch einmal die Zahlen des Schulentwicklungsplanes und die sich daraus ergebenden anderen Lösungswege erläutert.

Herr Ebbinghaus bittet darum, dass der Ausschuss mit der aktuellen Besetzung noch einmal nach der Wahl tagt, und zwar vor der konstituierenden Sitzung des Rates. Er schlägt einen Termin im Juni vor.

Herr Dr. Korsten erklärt, dass dies nicht möglich sei, da der Ausschuss mit seiner jetzigen Besetzung nur bis zum 31.05.2014 besteht.

Herr Ebbinghaus plädiert dafür, dass Kooperationen mit anderen Schülern nur eine Übergangslösung sein können, denn Radevormwald muss für alle SchülerInnen eine passende Schule vorhalten. Er betont, dass die AL-Fraktion bereits vor zwei Jahren die Gesamtschule einer Sekundarschule vorgezogen hat. Er bittet alle Fraktionen darum, darüber nachzudenken, ob eine Gesamtschule nicht doch eine Alternative ist, zumal eine solche in unmittelbarer Umgebung noch nicht besteht. Da die Schülerzahlen immer weiter sinken werden, wird es auch immer schwieriger eine passende Schulform zu finden. Es muss aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt werden und die Eltern müssen in den Prozess mit eingebunden werden.

Der Ausschussvorsitzende erwidert an dieser Stelle, dass die Eltern sehr wohl in das Thema Sekundarschule eingebunden waren.

Herr Barg stellt klar, dass die Stadt eine junge Stadtentwicklung betreibt und sich das Ansiedeln von Familien wünscht. Daher kann eine Kooperation nur eine Übergangslösung sein, dauerhaft muss eine Schule für alle Kinder geschaffen werden.

Frau Greif erinnert daran, dass heute eigentlich keine Grundsatzdiskussion geplant war, sondern die 11 an der Hauptschule angemeldeten Kinder im Vordergrund stehen.

Frau Butz erklärt, dass die Schulleitung mit den Eltern dieser 11 Kinder gesprochen und ihnen alternative Anmeldeöglichkeiten (Hauptschulen Halver, Hückeswagen, Remscheid-Lennep) aufgezeigt hatte. Eins der Kinder wurde in Halver angemeldet. Dort besteht das Problem, dass Halver noch nicht weiß, ob eine Hauptschulklasse zustande kommt, und ob sich die dortige Hauptschule dauerhaft halten kann. Vier der Kinder wurden auf der Realschule angemeldet. Wo die anderen sechs Kinder angemeldet wurden, ist heute noch nicht bekannt.

Herr Wolff führt hierzu an, dass diese sechs Kinder auf der Schule in Remscheid-Lennep (Hackenberg), an der er unterrichtet, angemeldet wurden.

Frau Huckenbeck wendet ein, dass es heute nicht nur um die 11 angemeldeten Kinder, sondern um alle SchülerInnen der Hauptschule geht. Auch muss die Problematik der ab Sommer fehlenden Schulleitung berücksichtigt werden.

Herr Paulig trägt vor, dass Herr Dr. Korsten die Problematik so dargestellt hat, wie er sie auch sieht. Er gibt jedoch zu Bedenken, dass die Eltern, die hier leben, eine Antwort wollen, da Ängste bei Schülern und Eltern entstanden sind. Er weiß, dass heute keine Lösung präsentiert werden kann, da eine vernünftige Lösung Zeit braucht. Hinsichtlich des künftigen Prozesses bittet er um Transparenz für alle Beteiligten, auch Schüler und Eltern. Ein Zeitplan, wie es im Prozess um die Schullandschaft weitergeht, sollte bis zum Sommer erstellt sein und ebenfalls in die Öffentlichkeit getragen werden. Er macht deutlich, dass der Brief der Hauptschule an die Politik mit dem Bürgermeister abgesprochen war und ergebnisoffen sein soll. Auch Herr Paulig führt an, dass Schuldzuweisungen nichts nutzen. Es muss nun mit der Bezirksregierung gesprochen werden, wie mit dem zukünftigen Lehrermangel umgegangen werden kann. Auch sollte das Gespräch mit der Realschule gesucht werden. Auf Nachfrage teilt er mit, dass er nicht weiß, warum sich nicht die 30 SchülerInnen, die sich mit Hauptschulempfehlung auf der Sekundarschule angemeldet hatten, auf der Hauptschule angemeldet haben.

Frau Meyerhoff führt aus, dass die Eltern, die ihre Kinder mit Hauptschulempfehlung auf der Realschule anmelden wollten, zuerst zur Beratung zur Hauptschule gebeten wurden. Danach kamen diese jedoch wieder zurück und meldeten ihre Kinder an der Realschule an. Die Realschule ist sich der Verantwortung bewusst. Frau Meyerhoff bittet darum, in den Lösungsprozess eingebunden zu werden. Sie gibt an, dass die Realschule gerne helfen wird, jedoch ist und bleibt es eine Realschule. Sie befürwortet, dass kurzfristig eine Kooperation gesucht werden soll.

Herr Rimroth bedankt sich bei den anwesenden Eltern, Kindern und Lehrern der Hauptschule dafür, dass sie für die ihre Hauptschule kämpfen. Er schildert, dass dieser Ausschuss und die Kommunalpolitik zwei Jahre gekämpft haben, um allen Kindern eine Beschulung vor Ort zu ermöglichen. Er hält die heute genannten Lösungsmöglichkeiten für richtungsweisend, gibt jedoch auch zu Bedenken, dass eine mögliche Gesamtschule das Aus des Theodor-Heuss-Gymnasiums bedeutet. Daher müssen bei allen Überlegungen auch die Eltern dieser Schule einbezogen werden.

Frau Pizzato macht deutlich, dass in der nächsten Legislaturperiode alle Eltern sofort mit ins Boot geholt werden müssen, da der Elternwille das Wichtigste ist. Sie fragt nach, ob es seitens der Bezirksregierung Mittel für Fördermöglichkeiten der potenziellen Hauptschulkinder an der Realschule gibt, und ob seitens der Verwaltung ggf. Mittel für Fördermöglichkeiten bereitgestellt werden können.

Herr Dr. Korsten bemerkt, dass man bei der Bezirksregierung nach Mitteln zur Förderung nachfragen kann. Hinsichtlich städtischer Mittel verweist er auf die Haushaltslage.

Herr Ebbinghaus macht deutlich, dass das Auspendeln von Schülern auch Auswirkungen auf andere Bereiche der Stadt hat. Die Schule ist mehr als ein Lernort, sie ist auch der Ort der sozialen Beziehungen. Wenn Schüler freiwillig in andere Städte fahren, ist dies ein großer Unterschied zu einem zwangsweisen Auspendeln. Auch mögliche Kooperationen mit anderen Schulen könnten ein zwangsweises Auspendeln bedeuten.

Herr Wolff bringt vor, dass sich in den letzten zwei Jahren wieder einmal gezeigt hat, dass sich die Landesregierung bei der Schulpolitik gegen den Elternwille entschieden hat.

Herr Hoffmann stellt klar, dass durch Auspendeln die Kinder ggf. auch ihre sozialen Kontakte auswärts suchen, z.B. in Vereinen, freiwillige Feuerwehr, Ausbildung usw.. Er bittet erneut darum, Herrn Krämer-Mandau zur nächsten Ausschusssitzung einzuladen.

Frau Meyerhoff betont, dass sie es sehr bedauert, dass keine Hauptschulklasse zustande gekommen ist. Auch sie ist der Meinung, dass ein Auspendeln verhindert werden müsse. Sie gibt an, bereits mit der Bezirksregierung im Gespräch hinsichtlich Fördermöglichkeiten und Lehrpersonal zu stehen. Sie bittet die Verwaltung hierbei um Unterstützung – auch in Bezug auf mehr Schulsozialarbeit.

Der Ausschussvorsitzende fasst zum Ende der Diskussion zusammen, dass die Kinder, die sich auf der Hauptschule angemeldet hatten, andere Schulen gefunden haben, und dass es die wesentliche Aufgabe des nächsten Ausschusses für Schule und Kultur wird, die Schullandschaft in Radevormwald auf den richtigen Weg zu bringen.